

Bermutung würde sprechen, daß Roosevelt es war, der mit verantwortlich ist für die monopolartige Stellung, die lange Zeit der Stahltrüft eingenommen hatte. Er hatte nämlich in der schweren Krisis des Jahres 1907 ausdrücklich Herrn Morgan die Genehmigung erteilt, daß der Stahltrüft die damals notleidende Tennessee Coal, Iron & R. I. Co. in sich aufnahm.

So standen die Dinge bei Ausbruch des Weltkrieges. Es war bis dahin noch kein endgültiges Urteil darüber gefällt worden, ob auch „gute Trusts“ aufzulösen seien. Zwar hatten einige Unterinstanzen ihr Urteil gefällt, aber diese waren weder rechtsgültig, noch aber waren sie einstimmig gefällt worden. Vorläufig zu einer Revision ihrer Organisation, bzw. zu einer teilweisen Auflösung war die International Harvester Co. verurteilt worden, die aber nicht die Absicht hatte, sich diesem Urteil zu fügen. Nur in einer Beziehung hatte sie bereits den antimonopolistischen Stimmungen Rechnung getragen: sie hatte sich formell in zwei Gesellschaften zerlegt: die International Harvester Comp. of New Jersey, welche das Inlandsgeschäft zu betreiben hatte (40 Mill. \$ Stamm- und 30 Mill. Vorzugsaktien) und die International Harvester Corporation, die mit dem gleichen Kapital ausgestattet wurde und das äußerst bedeutende Auslandsgeschäft betreiben sollte. Jetzt auf einmal kommt die überraschende Meldung, daß die Gesellschaft sich freiwillig entschlossen hat, auf die Durchführung der Klage zu verzichten und wichtige Teile des Unternehmens abzustossen. Das soll in der Weise geschehen, daß die International Harvester Corporation künftig 3 wichtige Typen mit Namen: Osborn, Champion und Milwaukee nicht mehr fabriziert und ihre Fabriken in Springfield (Ohio) und Auburn (New York) bis längstens 1 Jahr nach dem Frieden verkauft. Außerdem darf die Gesellschaft künftig in keiner Stadt mehr als einen Vertreter besitzen.

Damit fügt sich eine der größten amerikanischen Gesellschaften, der man unrechtmäßige Handlungen nicht zum Vorwurf macht, dem Standpunkte des amerikanischen Generalstaatsanwalts, wonach das Gesetz nicht warten will, bis durch eine monopolartige Industriemacht Unrecht verübt worden ist, sondern das Gesetz schon in dem bloßen Vorhandensein derartiger Kombinationen ein starkes Unrecht sieht. Was sind nun die Fol-

gen dieser Gesetzentscheidung? Rein juristisch ist sie ohne Konsequenzen, weil es sich ja um eine formell freiwillige Entschließung handelt. Wirtschaftlich war die Entscheidung nicht ganz freiwillig; sie ist vielmehr erfolgt, weil die International Harvester Co. sich jetzt, wo sie vor bedeutende Aufgaben und Entschlüsse sich gestellt sah, nach jeder Richtung hin gehemmt fühlte. Sie war unklar über ihre Zukunft und ist auch auf die Regierung als Bestellerin usw. mehr angewiesen als je. Obwohl es sich nun hier um keine juristische Entscheidung handelt, könnte der Entschluß immerhin auch für andere Gesellschaften dahin wirken, daß ähnliche freiwillige Entlassungen und Abstoßungen eintreten.

Für den internationalen Handel, für die Stellung Amerikas auf dem Weltmarkte hat der Entschluß des Erntemaschinen-Trusts gar nichts zu sagen, im Gegenteil. Man hat sogar den Eindruck, daß die Regierung alles tut, um auf dem Weltmarkte die großen Trustgesellschaften zu stützen und zu stärken, obwohl eigentlich auch in dieser Richtung das „Sherman“-Gesetz Monopole zu verhindern sucht. So ist es kein Zufall, daß in dem Augenblick, in dem die International Harvester Co. einige binnenamerikanische Interessen abstößt, sie die vor einigen Jahren abgetretene Auslandsinteressen wieder in sich aufnimmt. Die Gesellschaft hat sich nämlich entschlossen, die beiden formell unabhängigen Firmen wieder in eine zu vereinen. Die wiederhergestellte, einheitliche Gesellschaft wird dann mit 60 Mill. \$ Stamm- und 80 Mill. \$ Vorzugsaktien arbeiten. Offenbar ist das ausgesprochene Bestreben, künftig im Außenhandel eine besonders große Rolle zu spielen. Der Präsident des Trusts hat sich darüber dahin geäußert, daß er gerade am Auslandsgeschäft sich von den Konzessionen im Inland erholen will. Namentlich Rußland dürfte das Ziel der Gesellschaft sein. Dort hat sie bereits im Frieden ein außerordentlich großes Geschäft betrieben. Stehen doch die dortigen Interessen mit nicht weniger als 30½ Mill. \$ zu Buch, während sie gleichzeitig in Mitteleuropa und Rumänien 8¼ Mill. \$ investiert hat. Wie auch immer die weiteren Entscheidungen in den amerikanischen Trustprozessen ausfallen werden, sie werden bei der heutigen Stimmung des Landes niemals in irgendwelcher Weise die Auslandsinteressen der Trusts und ihre Machtabsichten auf dem Weltmarkte berühren.

Ernst Kahn, Frankfurt

Zur holländisch-skandinavischen Goldpolitik

Die Abneigung der nordeuropäischen Neutralen gegen den ungehinderten Import von Gold hat in den letzten zwei Jahren verschiedene Phasen durchgemacht. Von einer Fortsetzung des Friedenszustandes, wo zwischen allen Goldwährungsländern die vorübergehenden Unstimmigkeiten der Zahlungsbilanz ohne weiteres durch Goldsendungen ausgeglichen werden konnten, ist jetzt mehr als einem Jahre allerdings weder in Skandinavien noch in Holland die Rede. Aber es hat sich unter dem Druck der Kriegsnotwendigkeiten ein System von Kompromissen und Konzessionen herausgebildet, das in jüngster Zeit zu einer besonders interessanten Erscheinung geführt hat: einer gegenseitigen Begünstigung der nordeuropäischen Neutralen untereinander, die vielleicht einmal als die Vorform einer weitergehenden Blockbildung auf währungspolitischen Gebiet angesehen werden wird.

Über diese Entwicklungen ist in der Presse wenig berichtet worden. Um so mehr Interesse dürfte den folgenden Mitteilungen zukommen, die dem Jahresbericht der Niederländischen Bank entnommen sind:

„Während des letzten Jahres haben sich mehrere Gelegenheiten für uns geboten, beträchtliche Mengen unseres Goldbestandes an das Ausland abzustößen, um damit soweit wie möglich die Parität des Gulden gegen das Ausland zu stützen. Wir haben beträchtliche Summen in erster Linie nach der Schweiz, ferner

nach Spanien, Dänemark, Norwegen und schließlich auch nach Schweden gesandt. Es hat uns infolge der Störung der Verkehrswege viel Mühe gemacht, uns mit Spanien über diesen Punkt zu verständigen, doch ist schließlich ein Abkommen getroffen worden. Die skandinavischen Königreiche waren für längere Zeit aus prinzipiellen Gründen abgeneigt, Gold anzunehmen; so weit sie sich zur Annahme entschlossen, wünschten sie ein Disagio von 3 und 5 % zu berechnen. Wir haben es abgelehnt, die Gewährung eines Disagios in Betracht zu ziehen, überzeugt, daß es eine sehr verhängnisvolle Maßnahme für die internationale Goldpolitik wäre, wenn Notenbanken den Goldpreis herabsetzen würden; schließlich haben alle skandinavischen Notenbanken, mit denen wir zu tun haben, die Disagiofrage fallen lassen. Nach längeren Verhandlungen schlossen Dänemark und Norwegen mit uns ein Abkommen, durch das sie sich verpflichteten, Gold in Beträgen, die von Fall zu Fall verabredet werden, anzunehmen und zwar faktisch in unbegrenzten Mengen, vorausgesetzt, daß es sich um die Begleichung der Zahlungsbilanz zwischen jenen Ländern und den Niederlanden handelt und nicht für die Zwecke internationaler Arbitrage. Bei Schweden hatten wir mit größeren Schwierigkeiten zu kämpfen, aber auch Schweden hat schließlich Gold von uns zur theoretischen Parität von 2 480 Kronen per Kilogramm Feingold angenommen.

Erst während der allerletzten Wochen ist Schweden zu einem besseren Verständnis unserer gegenseitigen Beziehungen gekommen und hat sich bereit erklärt, Gold von uns zum vollen Preise anzunehmen, ohne zusätzliche Bedingungen irgendwelcher Art zu stellen.

Obgleich die Bedeutung der Goldexporte für unser Land in der Zwischenzeit sehr viel geringer geworden war und im Augenblick sogar auf Null reduziert ist dank dem großen Fall des Wechselkurses auf Schweden (einige Male sogar unter die Kursparität, zu der wir Schecks auf Schweden begeben konnten), so haben wir dennoch erklärt, daß wir ständig bereit wären, Gold nach Schweden zu verschicken, falls dies dort jetzt angenehm wäre. Schweden hat daraufhin schließlich erklärt, daß es für das Gold Verwendung hätte. Wir haben daher in den allerletzten Tagen während der Vorbereitung des Berichts wieder Gold nach Schweden exportiert in der Annahme, daß schwedische Guthaben sich in Zukunft als von Bedeutung für die Niederlande erweisen könnten, falls der Wechselkurs auf dem Arbitrage-Markt wieder steigt. Mit Genugtuung haben wir diesen wichtigen Wechsel in Schwedens Standpunkt uns gegenüber zur Kenntnis genommen, gemäß unserer Überzeugung, daß sich die neutralen Länder in diesen Zeiten so viel wie möglich unterstützen und nicht ihre Stärke darin sehen sollten, einander schwere Bedingungen aufzuerlegen. Die schwedische Goldfrage ist so schließlich zu einem glücklichen Ende gekommen, obgleich das Abkommen sich naturgemäß nur auf den Export von bisher „verhinderten“ Mengen bezieht.

Wir sind daher noch immer nicht in der Lage, die Meinung derer zu teilen, die das Gold entwertet glauben. Viele Tatsachen sprechen gegen diese Meinung, und außer Schweden gab es schließlich kein Land, das während des vergangenen Jahres an dieser Ansicht festhielt, abgesehen von den Äußerungen einiger weniger vereinzelter Privatpersonen im Ausland und Inland. Wir besitzen im Gegenteil zahlreiche Beweise, daß die großen Nachbarstaaten und auch die Vereinigten Staaten von Amerika mit fester Überzeugung weiter Anhänger der Goldwährung sind. Sollte ein Wandel der Weltmeinung hinsichtlich dieses Punktes einsetzen, so werden wir uns ihm mit großer Aufmerksamkeit zuwenden. Bisher ist dieser Fall aber nicht eingetreten. Es wäre daher eine große Torheit für die Niederlande, die Entwertung des Goldes auf sehr einseitige und unvollkommene theoretische Gründe hin anzunehmen, wie gewisse Theoretiker à outrance auch in diesem Lande es wünschen.

Im Gegenteil ist ein bemerkenswertes Phänomen zu beobachten, daß für Gold, soweit es in begrenzten Beträgen überhaupt noch im Besitz des Publikums ist, in diesen und anderen Ländern ein hohes Agio bis zu 40—50 % gezahlt wird, während der allerletzten Wochen sogar bis zu 100 und 125 % über den Münzpreis. Englische und amerikanische Banknoten und Papiergeld in kleineren Abschnitten erzielen ebenfalls höhere Preise, wenn auch nicht so hohe wie Gold. Wir haben es daher mit einem Sonderphänomen zu tun, dem wir an sich nicht zu große Bedeutung beimessen können, wenigstens nicht, wenn wir das verwickelte Goldproblem betrachten. Der Grund ist wahrscheinlich, daß in verschiedenen Teilen Rußlands, die durch die Revolution betroffen sind, in Teilen des Balkans und in Kleinasien Goldgeld und das Papiergeld anderer Länder sich größeren Vertrauens erfreut als die eigenen sehr entwerteten Zahlungsmittel.“

*

So weit der Bericht der niederländischen Notenbank. Er gibt ein deutliches Bild von der gegenwärtigen Zerklüftung des internationalen Wechselmarktes und von dem Übergangsstadium, in dem sich sowohl die Politik der Notenbanken wie die öffentliche Meinung befindet. In diesem Wirrsal steht nur das eine fest: daß der vor dem Krieg allein herrschende Glaube, der freie Goldverkehr gewährleiste automatisch die für alle Goldwährungsländer beste Regelung der Wechselkurse, bei den nord-europäischen Neutralen in Frage gestellt worden ist. Gleichgültig, ob sie eine „Entwertung“ des Goldes annehmen oder nicht: sie alle sperren sich gegen eine unbeschränkte Goldeinfuhr und legen die Entscheidung über die einzuführenden Mengen in die Hand der Zentralnotenbank. Ob dieser Zustand sich als dauernd oder als vorübergehend erweisen wird, vermag heute niemand vorauszusagen. Die Wahrscheinlichkeit einer Wiederherstellung des früheren Zustandes wird aber jeden Tag geringer. Die anglo-amerikanischen Abmachungen zur Stabilisierung des Wechselkurses zeigen die Richtung einer künftigen intervalutarischen Politik, in der das Gold nur noch eine sehr eingeschränkte Funktion zu erfüllen hat. Wenn es zur Bildung eines Völkerbundes oder eines ähnlichen Systems zwischenstaatlicher Abmachungen kommt, so werden Pari-Verträge zwecks Regulierung der Wechselkurse darin einen nicht geringen Raum einnehmen.

Dr. Kurt Singer

Rußlands Baumwollversorgung

I. Grundlagen und Zukunftsmöglichkeiten

Die russische Baumwollindustrie, die ihren Sitz hauptsächlich im Moskauer Rayon und in dem industriell hoch entwickelten Polen (Lodz) hatte, deckte vor dem Kriege ihren Bedarf an Rohstoff teils aus der eigenen Erzeugung im Turkestan und in Transkaukasien, teils durch Einfuhr. Von der im letzten Friedensjahr — 1913 — verarbeiteten Menge von 27,3 Mill. Pud deckte die eigene Erzeugung 14,2 Mill. d. i. 52,6 % des Gesamtbedarfes, während 13,1 Mill. Pud aus dem Ausland eingeführt wurden. Bemerkenswert ist hierbei, daß die Erzeugung von Baumwolle im Inland in einem schnelleren Tempo wächst, als der Eigenverbrauch der Industrie. Es stieg die Eigenzeugung in den letzten 10 Jahren vor dem Kriege durchschnittlich im Jahre um 8,3 %, wogegen der Industrieverbrauch jährlich um nur 5,5 % wächst. An Baumwolle wurde in Rußland in den einzelnen Jahren erzeugt:

1909.....	10,5 Mill. Pud	1913.....	12,6 Mill. Pud
1911.....	11,5 „ „	1915.....	16,2 „ „

Davon lieferte Turkestan 90 % und Transkaukasien etwa 10 %. Der Krieg hatte zunächst keinen sichtbaren Einfluß auf die Baumwollproduktion im Inlande. Wie wir später sehen werden, war es der Revolutionszeit, wie auf vielen anderen Gebieten, so auch hier beschieden, die unheilvollste Wirkung auf diesen Zweig der russischen Volkswirtschaft auszuüben.

Trotz der Zunahme der Eigenproduktion ging die Verdrängung der fremden Baumwolle nur langsam vor sich, sowohl infolge der starken Zunahme der Bevölkerung, wie auch dank der mit dem allgemeinen Fortschritt einhergehenden Steigerung des Bedarfs, der allerdings noch immer im Vergleich zu den anderen Ländern recht gering ist. Der Baumwollverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, drückt sich in den einzelnen Jahren wie folgt aus:

1890.....	2,3 Pfund	1910.....	4,1 Pfund
1900.....	3,5 „	1911.....	5,6 „

gegen 16,2 Pfund in Deutschland und gar 46,6 in England. Ja sogar der durchschnittliche Weltverbrauch von 9,3 Pfund